

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1979 **(Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetz 1979 — BBVEG 79)**

A. Zielsetzung

1. Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse (§ 14 BBesG/§ 70 BeamtVG), Erhöhung des Urlaubsgeldes für Beamte, Richter und Soldaten.
2. Verbesserung für Versorgungsempfänger.

B. Lösung

Mit Wirkung vom 1. März 1979 werden die Bezüge linear um 4 v. H. erhöht. Das jährliche Urlaubsgeld wird um 150 DM (für Beamte auf Widerruf um 100 DM, für teilzeitbeschäftigte Bezügeempfänger anteilige Höhe des Urlaubsgeldes) aufgestockt.

Der Gesetzentwurf enthält ferner eine strukturelle Verbesserung für Versorgungsempfänger der Stufe 2 des Ortszuschlages (Aufstockung des Erhöhungsbetrages nach dem 6. BBesErhG als weiterer Schritt zur Weitergabe des vollen Verheiratetenbestandteils im Ortszuschlag).

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bundesbahn und Bundespost) werden für das Haushaltsjahr 1979 Mehrkosten von rund 725 Millionen DM entstehen. Neben der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden auch die Länder und Gemeinden mit Mehrkosten belastet werden.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (13) — 225 00 — Bu 141/79

Bonn, den 17. Mai 1979

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1979 (Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetz 1979 — BBVEG 79) mit Begründung, Vorblatt und 6 Anlagen.

Ich bitte die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 472. Sitzung am 11. Mai 1979 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage II ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Gegenäußerung (Anlage III) dargelegt.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1979 **(Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetz 1979 — BBVEG 79)**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

§ 1

Das Bundesbesoldungsgesetz vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173, 1175), das zuletzt geändert worden ist durch

 wird wie folgt geändert:

1. In § 39 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „erhalten in der Tarifklasse Ic einen Ortszuschlag von 381 Deutsche Mark und in der Tarifklasse II von 359 Deutsche Mark“ durch die Worte „erhalten einen ermäßigten Ortszuschlag nach Anlage V“ ersetzt,
2. a) in § 44, § 78 Satz 1 und den Zulagenregelungen nach Anlagen I und III wird jeweils die Betragsangabe („bis zu/bis zur Höhe/von/monatlich ... Deutsche Mark/DM“) gestrichen und durch eine Verweisung („nach Anlage IX Nr. ...“) ersetzt,
 in Anlage I wird in Vorbemerkung Nr. 8 Abs. 3 das Wort „beträgt“ durch die Worte „richtet sich“ ersetzt, in Anlage I Besoldungsgruppe A 9 Fußnote 4 und in Anlage II Vorbemerkung Nr. 5 wird Satz 2 jeweils gestrichen und in Satz 1 nach dem Wort „Amtszulage/Zulage“ angefügt „nach Anlage IX Nr. ...“,
 b) dem Bundesbesoldungsgesetz wird eine Anlage IX in der Fassung der Anlage 1 dieses Gesetzes beigelegt,
3. in § 56 Abs. 1 Nr. 2 werden die Worte „in Höhe von 210 Deutsche Mark“ durch die Worte „nach Anlage VI f“ ersetzt,
4. in § 62 Abs. 2 werden die Worte „in Höhe von dreiundsiebzig Deutsche Mark“ durch die Worte „nach Anlage VIII“ ersetzt,
5. an die Stelle der Grundgehaltssätze in der Anlage IV treten die Grundgehaltssätze in der Anlage 2 dieses Gesetzes,
6. an die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage V treten die Sätze in der Anlage 3 dieses Gesetzes,

7. an die Stelle der Sätze des Auslandszuschlages in den Anlagen VI a bis VI e und des Auslands-kinderzuschlages in der Anlage VI f treten die Sätze in den Anlagen 4 a bis 4 f dieses Gesetzes,
8. an die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage VII treten die Sätze in der Anlage 5 dieses Gesetzes,
9. an die Stelle der Sätze des Anwärtergrundbetrages und des Anwärterverheiratetenzuschlages in der Anlage VIII treten die Sätze in der Anlage 6 dieses Gesetzes.

§ 2

- (1) Um 4 vom Hundert werden erhöht

1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
 - b) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,
2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nummer 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
- b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,
3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug einer einheitlichen Dienstaltersstufe er-

mittelt werden, die um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Dienstalterszulagen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 3

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage 1 des Siebenten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes vom 20. März 1979 (BGBl. I S. 357) die Sätze in der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Siebenten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage 2 des in Satz 1 genannten Gesetzes treten die Sätze der Anlage 3 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 1 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um 4 vom Hundert erhöht.

(6) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 3,7 vom Hundert erhöht.

§ 4

Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Verminderung der Dienstbezüge im Sinne des § 70 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485), das zuletzt geändert worden ist durch
.....
..... infolge Verminderung des Ortszuschlages ab Stufe 5

vom 1. Januar 1979 an wird für das Siebente Bundesbesoldungserhöhungsgesetz vom 20. März 1979 (BGBl. I S. 357) auf 0,2 vom Hundert festgestellt. Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne der in Satz 1 genannten Vorschrift wird für das Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetz 1979 auf 3,9 vom Hundert festgestellt.

Artikel II

Anderung des Urlaubsgeldgesetzes

§ 4 des Gesetzes über die Gewährung eines jährlichen Urlaubsgeldes vom 15. November 1977 (BGBl. I S. 2117, 2120), das geändert worden ist durch Artikel IV des Gesetzes vom 26. Juni 1978 (BGBl. I S. 869, 873), erhält folgende Fassung:

„§ 4

Höhe des Urlaubsgeldes

(1) Das Urlaubsgeld beträgt dreihundert Deutsche Mark, für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst zweihundert Deutsche Mark.

(2) Ein Berechtigter, dessen regelmäßige Arbeitszeit oder dessen Dienst und dessen Bezüge ermäßigt worden sind, erhält ein im gleichen Verhältnis verringertes Urlaubsgeld.“

Artikel III

Anderung des Beamtenversorgungsgesetzes

In § 14 Abs. 1 Satz 2 des Beamtenversorgungsgesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485), das zuletzt geändert worden ist durch
.....
werden die Worte „8,65 Deutsche Mark“ durch die Worte „17,30 Deutsche Mark“ ersetzt.

Artikel IV

Anderung des Soldatenversorgungsgesetzes

(1) In § 11 Abs. 2 Satz 5 und § 26 Abs. 1 Satz 2 des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 337), das zuletzt geändert worden ist durch
.....
werden jeweils die Worte „8,65 Deutsche Mark“ durch die Worte „17,30 Deutsche Markt“ ersetzt.

(2) Absatz 1 gilt nicht im Land Berlin.

Artikel V

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 1

Neufassung des Bundesbesoldungsgesetzes

Der Bundesminister des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes in der vom 1. März

1979 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

§ 2

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. März 1979 in Kraft, soweit Absatz 2 nichts anderes bestimmt.

(2) In Artikel I § 1 Nr. 7 tritt in der Anlage 4 f die letzte Spalte (Auslandskinderzuschlag nach § 56 Abs. 1 Nr. 2) mit Wirkung vom 1. Januar 1979 in Kraft.

Anlage 1

(Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes)

Art der Zulage	Lfd. Nr.	geregelt in	Betrag in DM
1. Amtszulagen	1.1	Vorbemerkung Nummer 19 Satz 1 zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B	217,36
		Besoldungsgruppe Fußnote	
	1.2	A 2 1	31,41
	1.3	A 3 1, 2	31,41
	1.4	A 4 1, 2	31,41
	1.5	A 5 3, 4	31,41
	1.6	A 7 3	38,97
	1.7	A 8 3	50,26
	1.8	A 9 4	234,00
	1.9	A 12 7, 8	135,86
	1.10	A 13 6	108,68
		7	163,02
	1.11	A 14 5	163,02
	1.12	A 15 7	163,02
	1.13	B 10 1, 2	376,79
	1.14	R 1 1, 2	163,02
	1.15	R 2 3 bis 8, 10	163,02
	1.16	R 3 3	163,02
	1.17	R 8 2	326,04
2. Stellenzulagen	2.1	§ 44	bis zu 150
	2.2	§ 78	bis zu 150
		Vorbemerkung zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B	
	2.3	Nummer 2 Abs. 2	250
	2.4	Nummer 4	50
	2.5	Nummer 5 Abs. 1	
	2.51	Nummer 1	bis zu 80
	2.52	Nummer 2	bis zu 50
	2.6	Nummer 6 Abs. 1	
	2.61	Nummer 1	450
	2.62	Nummer 2	250
	2.63	Nummer 3	200
	2.64	Nummer 4	125

(Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes)

Art der Zulage	Lfd. Nr.	geregelt in	Betrag in DM
	2.7	Nummer 8 Abs. 3	
		Besoldungsgruppen	
	2.71	A 1 bis A 5	200
	2.72	A 6 bis A 9	275
	2.73	A 10 bis A 13	350
	2.74	A 14 und höher	425
		Anwärter der Laufbahngruppe	
	2.75	des mittleren Dienstes	150
	2.76	des gehobenen Dienstes	200
	2.77	des höheren Dienstes	250
	2.8	Nummer 9 nach einer Dienstzeit	
	2.81	von einem Jahr	60
	2.82	von zwei Jahren	120
	2.9	Nummer 10 nach einer Dienstzeit	
	2.91	von einem Jahr	60
	2.92	von zwei Jahren	120
	2.10	Nummer 12	70
		Besoldungsgruppe Fußnote	
	2.11	A 2 2	34,67
	2.12	A 7 2	50
	2.13	A 8 4	50
	2.14	B 9 3	450
	2.15	Vorbemerkung Nummer 4 zu der Bundesbe- soldungsordnung R	75
3. Zulagen	3.1	Vorbemerkung Nummer 5 zu der Bundesbe- soldungsordnung C	
		wenn ein Amt ausgeübt wird	
	3.11	der Besoldungsgruppe R 1	402
	3.12	der Besoldungsgruppe R 2	450

Anlage 2

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	836,53	864,25	891,97	919,69	947,41	975,13	1 002,85
A 2		886,07	913,79	941,51	969,23	996,95	1 024,67	1 052,39
A 3		949,29	978,57	1 007,85	1 037,13	1 066,41	1 095,69	1 124,97
A 4		985,25	1 019,12	1 052,99	1 086,86	1 120,73	1 154,60	1 188,47
A 5		1 019,94	1 058,54	1 097,14	1 135,74	1 174,34	1 212,94	1 251,54
A 6		1 079,92	1 119,94	1 159,96	1 199,98	1 240,00	1 280,02	1 320,04
A 7		1 166,83	1 206,85	1 246,87	1 286,89	1 326,91	1 366,93	1 406,95
A 8		1 221,97	1 271,30	1 320,63	1 369,96	1 419,29	1 469,05	1 520,84
A 9	I c	1 365,40	1 416,29	1 469,31	1 522,75	1 577,18	1 636,49	1 695,80
A 10		1 495,20	1 568,88	1 642,56	1 716,24	1 789,92	1 863,60	1 937,28
A 11		1 742,04	1 817,53	1 893,02	1 968,51	2 044,00	2 119,49	2 194,98
A 12		1 897,34	1 987,35	2 077,36	2 167,37	2 257,38	2 347,39	2 437,40
A 13	I b	2 149,85	2 247,03	2 344,21	2 441,39	2 538,57	2 635,75	2 732,93
A 14		2 212,82	2 338,83	2 464,84	2 590,85	2 716,86	2 842,87	2 968,88
A 15		2 495,19	2 633,71	2 772,23	2 910,75	3 049,27	3 187,79	3 326,31
A 16		2 773,24	2 933,45	3 093,66	3 253,87	3 414,08	3 574,29	3 734,50

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	4 434,47
B 2		5 259,35
B 3	I a	5 502,47
B 4		5 868,20
B 5		6 287,80
B 6		6 684,02
B 7		7 069,45
B 8		7 471,19
B 9		7 970,01
B 10		9 518,98
B 11		10 392,54

Anlage 2

8	9	10	11	12	13	14	15	Dienstalters- zulage
1 030,57	1 058,29							27,72
1 080,11	1 107,83	1 135,55						27,72
1 154,25	1 183,53	1 212,81						29,28
1 222,34	1 256,21	1 290,08						33,87
1 290,14	1 328,74	1 367,34						38,60
1 360,06	1 400,08	1 440,10	1 481,08					1)
1 446,97	1 488,34	1 530,36	1 572,38	1 615,95	1 662,60			1)
1 572,63	1 627,09	1 684,58	1 742,07	1 799,56	1 857,05			1)
1 755,11	1 814,42	1 873,73	1 933,04	1 992,35	2 051,66			1)
2 010,96	2 084,64	2 158,32	2 232,00	2 305,68	2 379,36			73,68
2 270,47	2 345,96	2 421,45	2 496,94	2 572,43	2 647,92	2 723,41		75,49
2 527,41	2 617,42	2 707,43	2 797,44	2 887,45	2 977,46	3 067,47		90,01
2 830,11	2 927,29	3 024,47	3 121,65	3 218,83	3 316,01	3 413,19		97,18
3 094,89	3 220,90	3 346,91	3 472,92	3 598,93	3 724,94	3 850,95		126,01
3 464,83	3 603,35	3 741,87	3 880,39	4 018,91	4 157,43	4 295,95	4 434,47	138,52
3 894,71	4 054,92	4 215,13	4 375,34	4 535,55	4 695,76	4 855,97	5 016,18	160,21

1) Die Dienstalterszulage beträgt

in Besol- dungs- gruppe	von Dienst- alters- stufe	bis Dienst- alters- stufe	DM
A 6	1	10	40,02
	10	11	40,98
A 7	1	8	40,02
	8	9	41,37
	9	11	42,02
	11	12	43,57
	12	13	46,65
A 8	1	5	49,33
	5	6	49,76
	6	8	51,79
	8	9	54,46
	9	13	57,49
A 9	1	2	50,89
	2	3	53,02
	3	4	53,44
	4	5	54,43
	5	13	59,31

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse							
C 1	I b	Stufe 1 2 647,14				Stufe 2 2 744,34		
		Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 2	I b	2 155,72	2 310,57	2 465,42	2 620,27	2 775,12	2 929,97	3 084,82
C 3		2 436,31	2 611,63	2 786,95	2 962,27	3 137,59	3 312,91	3 488,23
C 4	I a	3 155,34	3 331,58	3 507,82	3 684,06	3 860,30	4 036,54	4 212,78

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse	Stufe						
		1	2	3	4	5	6	7
		Lebensalter						
		31	33	35	37	39	41	43
R 1	I b	2 785,50	2 983,41	3 181,32	3 379,23	3 577,14	3 775,05	3 972,96
R 2		3 259,11	3 457,02	3 654,93	3 852,84	4 050,75	4 248,66	4 446,57

R 3	I a	5 502,47
R 4		5 868,20
R 5		6 287,80
R 6		6 684,02
R 7		7 069,45
R 8		7 471,19
R 9		7 970,01
R 10		9 960,55

Stufe 3 2 841,52								
Dienstaltersstufe								Dienstalters- zulage
8	9	10	11	12	13	14	15	
3 239,67	3 394,52	3 549,37	3 704,22	3 859,07	4 013,92	4 168,77	4 323,62	154,85
3 663,55	3 838,87	4 014,19	4 189,51	4 364,83	4 540,15	4 715,47	4 890,79	175,32
4 389,02	4 565,26	4 741,50	4 917,74	5 093,98	5 270,22	5 446,46	5 622,70	176,24

8	9	10	Lebensalters- zulage
45	47	49	
4 170,87	4 368,78	4 566,69	197,91
4 644,48	4 842,39	5 040,30	197,91

Anlage 3

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarif- klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	677,94	786,08	878,61	967,04	1 008,07	1 085,83	1 163,59	1 260,45
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	571,91	680,05	772,58	861,01	902,04	979,80	1 057,56	1 154,42
I c	A 9 bis A 12	508,27	616,41	708,94	797,37	838,40	916,16	993,92	1 090,78
II	A 1 bis A 8	478,79	581,79	674,32	762,75	803,78	881,54	959,30	1 056,16

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 96,86 DM.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2: Tarifklasse I c 396,46 DM,
Tarifklasse II 373,46 DM.

Anlage 4 a

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)

(Monatsbeiträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	764	916	1 068	1 220	1 372	1 524	1 676	1 828	1 980	2 132	2 284	2 436
A 5 bis A 6	871	1 031	1 191	1 351	1 511	1 671	1 831	1 991	2 151	2 311	2 471	2 631
A 7 bis A 8	986	1 162	1 338	1 514	1 690	1 866	2 042	2 218	2 394	2 570	2 746	2 922
A 9	1 165	1 355	1 545	1 735	1 925	2 115	2 305	2 495	2 685	2 875	3 065	3 255
A 10	1 319	1 517	1 715	1 913	2 111	2 309	2 507	2 705	2 903	3 101	3 299	3 497
A 11	1 454	1 664	1 874	2 084	2 294	2 504	2 714	2 924	3 134	3 344	3 554	3 764
A 12	1 615	1 836	2 057	2 278	2 499	2 720	2 941	3 162	3 383	3 604	3 825	4 046
A 13	1 774	2 005	2 236	2 467	2 698	2 929	3 160	3 391	3 622	3 853	4 084	4 315
A 14	1 934	2 172	2 410	2 648	2 886	3 124	3 362	3 600	3 838	4 076	4 314	4 552
A 15	2 162	2 419	2 676	2 933	3 190	3 447	3 704	3 961	4 218	4 475	4 732	4 989
A 16 bis B 2	2 332	2 607	2 882	3 157	3 432	3 707	3 982	4 257	4 532	4 807	5 082	5 357
B 3 bis B 4	2 368	2 662	2 956	3 250	3 544	3 838	4 132	4 426	4 720	5 014	5 308	5 602
B 5 bis B 7	2 632	2 957	3 282	3 607	3 932	4 257	4 582	4 907	5 232	5 557	5 882	6 207
B 8 und höher ..	2 881	3 254	3 627	4 000	4 373	4 746	5 119	5 492	5 865	6 238	6 611	6 984

Anlage 4 b

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	649	778	907	1 036	1 165	1 294	1 423	1 552	1 681	1 810	1 939	2 068
A 5 bis A 6	740	876	1 012	1 148	1 284	1 420	1 556	1 692	1 828	1 964	2 100	2 236
A 7 bis A 8	838	988	1 138	1 288	1 438	1 588	1 738	1 888	2 038	2 188	2 338	2 488
A 9	990	1 152	1 314	1 476	1 638	1 800	1 962	2 124	2 286	2 448	2 610	2 772
A 10	1 121	1 289	1 457	1 625	1 793	1 961	2 129	2 297	2 465	2 633	2 801	2 969
A 11	1 236	1 414	1 592	1 770	1 948	2 126	2 304	2 482	2 660	2 838	3 016	3 194
A 12	1 373	1 561	1 749	1 937	2 125	2 313	2 501	2 689	2 877	3 065	3 253	3 441
A 13	1 508	1 704	1 900	2 096	2 292	2 488	2 684	2 880	3 076	3 272	3 468	3 664
A 14	1 644	1 846	2 048	2 250	2 452	2 654	2 856	3 058	3 260	3 462	3 664	3 866
A 15	1 838	2 056	2 274	2 492	2 710	2 928	3 146	3 364	3 582	3 800	4 018	4 236
A 16 bis B 2	1 982	2 216	2 450	2 684	2 918	3 152	3 386	3 620	3 854	4 088	4 322	4 556
B 3 bis B 4	2 013	2 263	2 513	2 763	3 013	3 263	3 513	3 763	4 013	4 263	4 513	4 763
B 5 bis B 7	2 237	2 513	2 789	3 065	3 341	3 617	3 893	4 169	4 445	4 721	4 997	5 273
B 8 und höher ..	2 449	2 766	3 083	3 400	3 717	4 034	4 351	4 668	4 985	5 302	5 619	5 936

Anlage 4 c

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	535	641	747	853	959	1 065	1 171	1 277	1 383	1 489	1 595	1 701
A 5 bis A 6	610	722	834	946	1 058	1 170	1 282	1 394	1 506	1 618	1 730	1 842
A 7 bis A 8	690	813	936	1 059	1 182	1 305	1 428	1 551	1 674	1 797	1 920	2 043
A 9	816	949	1 082	1 215	1 348	1 481	1 614	1 747	1 880	2 013	2 146	2 279
A 10	923	1 062	1 201	1 340	1 479	1 618	1 757	1 896	2 035	2 174	2 313	2 452
A 11	1 018	1 165	1 312	1 459	1 606	1 753	1 900	2 047	2 194	2 341	2 488	2 635
A 12	1 131	1 286	1 441	1 596	1 751	1 906	2 061	2 216	2 371	2 526	2 681	2 836
A 13	1 242	1 404	1 566	1 728	1 890	2 052	2 214	2 376	2 538	2 700	2 862	3 024
A 14	1 354	1 521	1 688	1 855	2 022	2 189	2 356	2 523	2 690	2 857	3 024	3 191
A 15	1 513	1 693	1 873	2 053	2 233	2 413	2 593	2 773	2 953	3 133	3 313	3 493
A 16 bis B 2	1 632	1 825	2 018	2 211	2 404	2 597	2 790	2 983	3 176	3 369	3 562	3 755
B 3 bis B 4	1 658	1 864	2 070	2 276	2 482	2 688	2 894	3 100	3 306	3 512	3 718	3 924
B 5 bis B 7	1 842	2 070	2 298	2 526	2 754	2 982	3 210	3 438	3 666	3 894	4 122	4 350
B 8 und höher ..	2 017	2 278	2 539	2 800	3 061	3 322	3 583	3 844	4 105	4 366	4 627	4 888

Anlage 4 d

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	375	449	523	597	671	745	819	893	967	1 041	1 115	1 189
A 5 bis A 6	427	505	583	661	739	817	895	973	1 051	1 129	1 207	1 285
A 7 bis A 8	483	569	655	741	827	913	999	1 085	1 171	1 257	1 343	1 429
A 9	571	664	757	850	943	1 036	1 129	1 222	1 315	1 408	1 501	1 594
A 10	646	743	840	937	1 034	1 131	1 228	1 325	1 422	1 519	1 616	1 713
A 11	713	816	919	1 022	1 125	1 228	1 331	1 434	1 537	1 640	1 743	1 846
A 12	792	900	1 008	1 116	1 224	1 332	1 440	1 548	1 656	1 764	1 872	1 980
A 13	869	982	1 095	1 208	1 321	1 434	1 547	1 660	1 773	1 886	1 999	2 112
A 14	948	1 065	1 182	1 299	1 416	1 533	1 650	1 767	1 884	2 001	2 118	2 235
A 15	1 059	1 185	1 311	1 437	1 563	1 689	1 815	1 941	2 067	2 193	2 319	2 445
A 16 bis B 2	1 142	1 277	1 412	1 547	1 682	1 817	1 952	2 087	2 222	2 357	2 492	2 627
B 3 bis B 4	1 161	1 305	1 449	1 593	1 737	1 881	2 025	2 169	2 313	2 457	2 601	2 745
B 5 bis B 7	1 289	1 449	1 609	1 769	1 929	2 089	2 249	2 409	2 569	2 729	2 889	3 049
B 8 und höher ..	1 412	1 595	1 778	1 961	2 144	2 327	2 510	2 693	2 876	3 059	3 242	3 425

Anlage 4 e

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung —
(Monatsbeiträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	455	545	635	725	815	905	995	1 085	1 175	1 265	1 355	1 445
A 5 bis A 6	519	614	709	804	899	994	1 089	1 184	1 279	1 374	1 469	1 564
A 7 bis A 8	587	692	797	902	1 007	1 112	1 217	1 322	1 427	1 532	1 637	1 742
A 9	694	807	920	1 033	1 146	1 259	1 372	1 485	1 598	1 711	1 824	1 937
A 10	785	903	1 021	1 139	1 257	1 375	1 493	1 611	1 729	1 847	1 965	2 083
A 11	865	990	1 115	1 240	1 365	1 490	1 615	1 740	1 865	1 990	2 115	2 240
A 12	961	1 093	1 225	1 357	1 489	1 621	1 753	1 885	2 017	2 149	2 281	2 413
A 13	1 056	1 194	1 332	1 470	1 608	1 746	1 884	2 022	2 160	2 298	2 436	2 574
A 14	1 151	1 293	1 435	1 577	1 719	1 861	2 003	2 145	2 287	2 429	2 571	2 713
A 15	1 286	1 439	1 592	1 745	1 898	2 051	2 204	2 357	2 510	2 663	2 816	2 969
A 16 bis B 2	1 387	1 551	1 715	1 879	2 043	2 207	2 371	2 535	2 699	2 863	3 027	3 191
B 3 bis B 4	1 409	1 584	1 759	1 934	2 109	2 284	2 459	2 634	2 809	2 984	3 159	3 334
B 5 bis B 7	1 566	1 760	1 954	2 148	2 342	2 536	2 730	2 924	3 118	3 312	3 506	3 700
B 8 und höher ..	1 714	1 936	2 158	2 380	2 602	2 824	3 046	3 268	3 490	3 712	3 934	4 156

Anlage 4 f

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1													nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	145	166	187	208	229	250	271	292	313	334	355	376	210
Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.													Dieser Betrag erhöht sich für das dritte und jedes weitere Kind um 50,— DM.

Anlage 5

**Zulage für die Beamten in der Ständigen
Vertretung der Bundesrepublik Deutschland
bei der Deutschen Demokratischen Republik**

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1 bis A 4	973	858
A 5 bis A 6	1 086	933
A 7 bis A 8	1 218	1 054
A 9	1 403	1 183
A 10	1 557	1 310
A 11	1 700	1 416
A 12	1 864	1 532
A 13	2 025	1 670
A 14	2 181	1 805
A 15	2 418	1 979
A 16	2 601	2 092
B 3	2 666	2 092
B 6	2 952	2 261
B 9 und höher	3 258	2 425

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben

oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Die Zulage erhöht sich für jedes Kind um 50 Deutsche Mark, für das dem Beamten Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde und das sich nicht nur vorübergehend im Haushalt des Beamten aufhält. Der Erhöhungsbetrag wird für jedes Kind nur einmal gezahlt.

Anlage 6

**Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratetenzuschlag**

(Monatsbeträge in DM)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vor- bereitungs- dienstes unmittel- bar eintritt	Grundbetrag		Verheirateten- zuschlag	
	vor Vollen- dung des 26. Lebens- jahres	nach Vollen- dung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	719	807	229	76
A 5 bis A 8	863	984	263	76
A 9 bis A 11	1 017	1 159	305	76
A 12	1 300	1 465	334	76
A 13	1 347	1 515	340	76
A 13 + Zulage (Artikel II § 6 Abs. 4 1. BesVNG) oder R 1	1 396	1 566	344	76

Begründung

I. Allgemeines

Die Dienst- und Versorgungsbezüge sind zuletzt mit Wirkung vom 1. März 1978 durch das Siebente Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Siebentes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz) vom 20. März 1979 (BGBl. I S. 357) erhöht worden.

Im Hinblick auf die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 14 BBesG/§ 70 BeamtVG) sieht der vorliegende Gesetzentwurf eine Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge ab 1. März 1979 vor; der Geltungsbereich erstreckt sich auf Bund und Länder.

Die Anpassung umfaßt in erster Linie Grundgehälter, Amtszulagen, Zuschüsse zum Grundgehalt für Professoren an Hochschulen, Ortszuschläge und Anwärterbezüge. Eine Erhöhung anderer Zulagen als Amtszulagen ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Maßgebend hierfür ist die noch nicht abgeschlossene Harmonisierung der Zulagen in Bund und Ländern, soweit landesrechtliche Vorschriften einstweilen fortgelten. Eine abschließende Harmonisierung würde durch eine Erhöhung der Zulagen zusätzlich erschwert.

Der Gesetzentwurf sieht ferner eine Anhebung des Urlaubsgeldes für Besoldungsempfänger (Artikel II) sowie eine Erhöhung der Versorgungsbezüge (Artikel III und IV) vor.

Der Gesetzentwurf enthält schließlich aus Gründen einer größeren Übersichtlichkeit und besseren Handhabung verschiedene rein redaktionelle Umstellungen. Vor allem sollen DM-Beträge im Bundesbesoldungsgesetz, auch soweit, wie insbesondere bei den Stellszulagen des BBesG eine Erhöhung nicht vorgesehen ist, in die Anlagen zum Gesetz übernommen werden; dies ermöglicht in Zukunft, daß bei linearen Anpassungsmaßnahmen nur noch die Anlagen des Bundesbesoldungsgesetzes ausgetauscht werden.

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates (Artikel 74 a Abs. 2 GG).

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel I

(Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge)

1. Zu § 1

Die Grundgehaltssätze und Amtszulagen der Beamten, Richter und Soldaten sollen ab 1. März 1979 um 4 v. H. erhöht werden. Die maßgebenden neuen Grundgehaltssätze ergeben sich aus der Anlage 2,

die neuen Sätze der Amtszulagen aus der Anlage 1 des Gesetzentwurfes.

Die in der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes enthaltenen Sätze des Ortszuschlages sollen ebenfalls ab 1. März 1979 um 4 v. H. angehoben werden. Die neuen Sätze des Ortszuschlages ergeben sich aus der Anlage 3 des Gesetzentwurfes. Die Anwendung auf Versorgungsempfänger ergibt sich aus § 50 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes.

Entsprechend der Anhebung der Grundgehaltssätze und der übrigen genannten Besoldungsbestandteile werden ferner u. a. die Sätze des Auslandszuschlages und des Auslandskinderschulzuschlages (Anlage 4 a bis 4 f des Gesetzentwurfes) sowie die Sätze der Zulage nach § 45 BBesG für die Beamten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik (Anlage 5 des Gesetzentwurfes) angepaßt. Beim Auslandskinderschulzuschlag nach § 56 Abs. 1 Nr. 2 werden die ab 1. Januar 1979 geltenden Regelungen des Bundeskindergeldgesetzes berücksichtigt.

In die allgemeine Besoldungserhöhung einbezogen werden auch die Anwärterbezüge (Anlage 6 des Gesetzentwurfes).

Nrn. 1 bis 4 enthalten neben der Erhöhung (bei Nr. 2 nur Erhöhung der Amtszulagen) zugleich rein redaktionelle Umstellungen (siehe Allgemeine Begründung vorletzter Absatz).

2. Zu § 2

Bei den in Absatz 1 genannten Besoldungsbestandteilen und bei weiteren fortgeltenden landesrechtlichen Vorschriften (Absatz 2) bedarf es einer Erstreckung der Erhöhung auf diese Regelungen, wie er den Anlagen 1 und 2 des Gesetzentwurfes zugrunde liegt. Mit erfaßt sind Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen in Regelungen für den Kommunalbereich.

In Absatz 3 werden die Berechnungs- und Rundungsgrundsätze für die in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen festgelegt.

3. Zu § 3

Die Vorschrift enthält die Anpassung der Versorgungsbezüge entsprechend den Regelungen in den §§ 1 und 2 des Gesetzentwurfes.

Bei der Festsetzung des Hundertsatzes nach Absatz 6 ist die Verminderung des Ortszuschlages ab Stufe 5 vom 1. Januar 1979 an zu berücksichtigen. Im Hinblick auf diese Verminderung war bereits bei der Beratung des Siebenten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes im Deutschen Bundestag die Frage

aufgeworfen worden, ob der in Artikel I § 3 Abs. 6 dieses Gesetzes festgestellte Hundertsatz von 4,5 nicht schon im Siebenten Bundesbesoldungserhöhungsgesetz ab 1. Januar 1979 um 0,2 auf 4,3 abgesenkt werden müßte. Der Deutsche Bundestag hat es aber auf Vorschlag des Innenausschusses aus verwaltungswirtschaftlichen Gründen (vgl. hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses vom 25. Oktober 1978 — Drucksache 8/2240 —) auch für die Zeit nach dem 1. Januar 1979 bei dem Hundertsatz 4,5 belassen. Er hat jedoch die Bundesregierung gebeten, die o. g. Verminderung von 0,2 beim nächsten Besoldungserhöhungsgesetz zu verrechnen. Das geschieht dadurch, daß bei der Berechnung des in diesem Gesetz festzustellenden Hundertsatzes diese Verminderung berücksichtigt wird.

4. Zu § 4

Die Vorschrift ist notwendig im Hinblick auf das neue System der Anpassung der Versorgungsbezüge (§§ 70 bis 76 des Beamtenversorgungsgesetzes).

Für den zur Berechnung des Anpassungszuschlages festzustellenden durchschnittlichen Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge gilt das zu § 3 Abs. 6 Gesagte im Ergebnis entsprechend, d. h., von dem Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge für das Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetz 1979 sind 0,2 v. H. abzuziehen.

Zu Artikel II

(Änderung des Urlaubsgeldgesetzes)

Bestandteil der Anpassung der Besoldung an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse ist die Anhebung des jährlichen Urlaubsgeldes für die Empfänger von Dienstbezügen bzw. Anwärterbezügen.

Zu Artikel III

(Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes)

und Artikel IV

(Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes)

Die Artikel III und IV stellen einen weiteren Schritt in Richtung auf eine volle Weitergabe des Verheiratetenbestandteils des Ortszuschlages an die in Betracht kommenden Ruhestandsbeamten mit anteiliger Weitergabe an die Hinterbliebenen dar.

Zu Artikel V

(Übergangs- und Schlußvorschriften)

1. Zu § 1

Die Neufassung ist insbesondere durch die zahlreichen Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes seit

dem 2. BesVNG (1975) sowie durch die rein redaktionelle Umstellung der DM-Beträge (vgl. Begründung zu Artikel I § 1) veranlaßt.

2. Zu § 2

Berlin-Klausel

3. Zu § 3

Inkrafttreten

III. Kosten

Der Gesetzentwurf führt zu nachstehenden Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte. Die sich aus entsprechenden Tarifverträgen für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes ergebenden Mehrkosten sind nicht berücksichtigt.

1. Bundeshaushalt

1.1 Obergruppe 42

Millionen DM

Artikel I Jahresbetrag	425,1
(Haushaltsbelastung 1979 = ¹¹ / ₁₃)	359,7
Artikel II	57,3

1.2 Obergruppe 43

Artikel I Jahresbetrag	330,8
(Haushaltsbelastung 1979 = ¹¹ / ₁₃)	279,9
Artikel III und IV	33,6
(Haushaltsbelastung 1979 = ¹¹ / ₁₃)	28,4

Der Finanzplan ist bei der Fortschreibung für 1978 ff. anzupassen.

2. Auswirkungen auf andere öffentliche Haushalte (zum Teil geschätzt)

	Besol- dung	Ver- sorgung
	Millionen DM	
2.1 Deutsche Bundesbahn		
Artikel I Jahresbetrag	227,8	182,4
(Haushaltsbelastung 1979)	(192,8)	(154,3)
Artikel II	29,6	—
Artikel III	—	25,6
(Haushaltsbelastung 1979)	—	(21,7)
2.2 Deutsche Bundespost		
Artikel I Jahresbetrag	321,3	105,0
(Haushaltsbelastung 1979)	(271,9)	(88,8)

	Besol- dung	Ver- sorgung
	Millionen DM	
Artikel II	44,7	—
Artikel III (Haushaltsbelastung 1979)	—	15,5 (13,1)
2.3 Länder und Stadtstaaten		
Artikel I Jahresbetrag (Haushaltsbelastung 1979)	1497,5 (1267,1)	440,6 (372,8)
Artikel II	142,5	—
Artikel III (Haushaltsbelastung 1979)	—	36,7 (31,1)
2.4 Gemeinden und Gemein- deverbände (Gebietskör- perschaften)		
Artikel I Jahresbetrag (Haushaltsbelastung 1979)	208,5 (176,4)	104,0 (88,0)
Artikel II	20,1	—
Artikel III (Haushaltsbelastung 1979)	—	10,3 (8,7)
2.5 Sonstige (Sozialversiche- rungsträger usw. im Bun- des- und Länderbereich)		
Artikel I Jahresbetrag (Haushaltsbelastung 1979)	36,6 (31,0)	24,0 (20,3)
Artikel II	3,9	—
Artikel III (Haushaltsbelastung 1979)	—	2,9 (2,5)

Die Auswirkungen der Maßnahmen des Gesetzentwurfes auf die Einzelpreise und das allgemeine Verbraucherpreisniveau sind nicht quantifizierbar, sie dürfen sich aber in gesamtwirtschaftlich vertretbarem Rahmen halten.

Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.

Anlage II

Stellungnahme des Bundesrates

1. Zu Artikel II

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob innerhalb des im Gesetzentwurf dafür vorgesehenen Finanzvolumens der Betrag des Urlaubsgeldes für Beamte so gestaffelt werden kann, daß Beamte mit Kindern ein höheres Urlaubsgeld erhalten als ledige und kinderlos verheiratete Beamte.

Begründung

Der Gesetzentwurf sieht die Erhöhung des jährlichen Urlaubsgeldes von 150 DM auf 300 DM, für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst von 100 DM auf 200 DM vor. Das Urlaubsgeld wird den Beamten ohne Rücksicht auf deren Familienstand gewährt, d. h. Ledige, Verheiratete und Beamte mit Kindern erhalten ein Urlaubsgeld in derselben Höhe. Eine solche Regelung ist nicht familienfreundlich. Ziel der Prüfungsbitte ist es daher, eine kostenneutrale Regelung zu-

gunsten der Beamten, Richter und Soldaten mit Kindern herbeizuführen.

2. Zu Artikel III und IV

Die Bundesregierung wird gebeten, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, in welchem Umfang eine Begrenzung des Erhöhungsbetrages in den Fällen des § 40 Abs. 5 BBesG notwendig ist.

Begründung

Nach § 40 Abs. 5 BBesG ist der Unterschiedsbetrag zwischen der Stufe 1 und der Stufe 2 des Ortszuschlags (Verheiratetenbestandteil) nur zur Hälfte zu gewähren, wenn beiden Ehegatten der Ortszuschlag der Stufe 2 zustünde. Ruhestandsbeamte, auf die § 40 Abs. 5 BBesG Anwendung findet, könnten jedoch mit einem Erhöhungsbetrag von 17,30 DM mehr als den halben Verheiratetenbestandteil erhalten. Eine Begrenzung des Erhöhungsbetrages ist daher für diese Fälle erforderlich.

Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates**Zu 1.**

(Artikel II — Urlaubsgeld)

Die Bundesregierung hat diese Frage bereits mit dem Ergebnis geprüft, daß eine derartige Regelung nicht möglich ist.

Zu 2.

(Artikel III und IV — Beamtenversorgungsgesetz, Soldatenversorgungsgesetz)

Die Bundesregierung folgt dem Vorschlag des Bundesrates. Die Regelung wird durch eine Anwendung des § 40 Abs. 5 BBesG auf den Erhöhungsbetrag zwar komplizierter, ist aber auch sachgerecht. Es wird daher vorgeschlagen, § 14 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG wie folgt zu fassen:

„Das Ruhegehalt erhöht sich um 17,30 Deutsche Mark, wenn seiner Berechnung ein Ortszuschlag der Stufe 2 zugrunde liegt; § 40 Abs. 5 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend.“

Daraus folgend ergeben sich entsprechende Änderungen des Soldatenversorgungsgesetzes.

§ 11 Abs. 2 Satz 5 ist wie folgt zu fassen:

„Die Übergangsgebühren erhöhen sich um 17,30 Deutsche Mark, wenn ihrer Berechnung ein Ortszuschlag der Stufe 2 zugrunde liegt; § 40 Abs. 5 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend.“

§ 26 Abs. 1 Satz 2 ist wie folgt zu fassen:

„Das Ruhegehalt erhöht sich um 17,30 Deutsche Mark, wenn seiner Berechnung ein Ortszuschlag der Stufe 2 zugrunde liegt; § 40 Abs. 5 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend.“

